

Antrag

der Fraktion DIE LINKE

Für die Fachkräftesicherung im Brandenburger Wald: Ausbildung von Waldarbeiterinnen und Waldarbeitern ausbauen

Der Landtag stellt fest:

Um den Wald in Brandenburg mit seinen Funktionen Nutzung, Schutz und Erholung dauerhaft zu sichern ist fachkundiges und gut ausgebildetes Personal auf allen Ebenen erforderlich. Das gilt besonders angesichts der Herausforderungen des Klimawandels, der neue Anforderungen an die Betreuung des Waldes stellt. Die Fachkräftesicherung ist daher eine vordringliche Aufgabe des Landesforstbetriebs, aber auch anderer kommunaler und privater Waldbesitzer und Waldbewirtschafter.

Durch jahrelangen Personalabbau, verbunden mit einem Einstellungsstopp, ist das Personal des Landesbetriebs Forst stark überaltert. Dies betrifft insbesondere auch den Bereich der Waldarbeiterinnen und Waldarbeiter. Die Waldarbeiterschule Kunsterspring leistet hier wertvolle Arbeit bei der Ausbildung, wird jedoch schon in den nächsten Jahren mit ihren 30 Ausbildungsplätzen den Bedarf nicht decken können. Daher ist eine Erweiterung der Ausbildungsmöglichkeiten erforderlich, um einen zukünftigen Fachkräftemangel zu vermeiden.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

bis zum 1. Quartal 2024 ein Konzept für die zukünftige Ausbildung von Waldarbeiterinnen und Waldarbeitern zu erarbeiten, das eine deutliche Aufstockung, mindestens eine Verdoppelung der Ausbildungsplätze beim Landesbetrieb Forst vorsieht. Dabei soll eine Erweiterung der Waldarbeiterschule am Standort Kunsterspring ebenso geprüft werden wie die Etablierung zusätzlicher Standorte. Der zusätzliche Personalbedarf ist zu ermitteln und bei der Vorbereitung zukünftiger Haushaltspläne und der Personalbedarfsplanung zu berücksichtigen. Dem zuständigen Fachausschuss ist Bericht zu erstatten.

Begründung:

Derzeit verfügt die Waldarbeiterschule in Kunsterspring über 30 Ausbildungsplätze. Anders als in anderen Berufszweigen mangelt es nicht an Interessenten: Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber liegt regelmäßig sehr deutlich über der Zahl zu vergebener Plätze. Da stets ein Teil der Auszubildenden anschließend ein Studium aufnimmt oder sich beruflich in anderen Bundesländern oder der Privatwirtschaft bindet, steht dem Landesbetrieb Forst immer nur ein Teil der Absolventen für Einstellungen als Waldarbeiterinnen und Waldarbeiter zur Verfügung.

Im Abschlussbericht des Landesforstbetriebs zur Umsetzung der Evaluierung vom 15.11.2021, der dem Ausschuss für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz zur Verfügung gestellt wurde, wurde der Einstellungsbedarf des Landesbetriebes anhand des Stellenplans und der Alterszusammensetzung der Beschäftigten dargestellt. Für den Bereich des TV-L-Forst (in den die Waldarbeiterinnen und Waldarbeiter einzuordnen sind) ergeben sich danach folgende Einstellungsbedarfe: 2026 17 Personen, 2027 27, 2028 15, 2029 37, 2030 39 und 2031 28. Der Bedarf alleine des Landesforstbetriebs übersteigt also schon bald die derzeitigen Ausbildungskapazitäten der Waldarbeiterschule. Dabei ist noch zu berücksichtigen, dass im Rahmen der Forstreform weniger Waldarbeiterinnen und Waldarbeiter im Stellenplan des Landesbetriebes vorgesehen wurden, als die Gutachter der BSL im Ergebnis einer Aufgabenanalyse für notwendig hielten. Das bedeutet eine verstärkte Auftragserteilung an private Unternehmer, die ebenfalls qualifiziertes Personal benötigen. Durch die Herausforderungen des Klimawandels, etwa verstärkten Waldumbau und Vor- und Nachsorge von Kalamitäten, wird der Personalbedarf absehbar weiter steigen.

Für eine vorausschauende Personalpolitik und Fachkräftesicherung ist deshalb eine Ausweitung der Ausbildungskapazitäten unabdingbar.